



Niederschrift zur 4. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 30.09.2020
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:36 Uhr
Ort, Raum: Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf

Anwesend sind:

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Marko Njammasch

Ausschussmitglieder

Herr Markus Herrmann

Herr Steffen Jerchel

Herr Edgar Leisten

Herr Olaf Manthey

Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Protokollantin

Frau Carolin Peidelstein

Gäste

Bürger

ca. 15 Gäste

Es fehlen:

Ausschussvorsitzender

Herr René Just

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 17.06.2020 und 26.08.2020
5. Bericht aus der Verwaltung
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
8. Schwerpunktthema: Umsetzung des §18a BbgKVerf (Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Schülern und Jugendlichen)
- 8.1. Aufgabe aus der letzten Sitzung: Ausschussmitglieder präsentieren Ihre Ergebnisse zu den Fragen/
Überlegungen: a) Warum wollen wir Schüler und Jugendliche an Entscheidungen beteiligen (Motivation) ?
b) Woran (an welche Themengebiete) wollen wir Schüler und Jugendliche in Zossen beteiligen?
Anschließend Inhaltliche Diskussion und Festlegung der nächsten Schritte

Nichtöffentliche Sitzung:

9. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 17.06.2020 und 26.08.2020
10. Bericht aus der Verwaltung
11. Vorstellung sachkundige Einwohner
12. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
13. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Njammasch, um 19:00 Uhr eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sechs anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Einwendungen oder Änderungsanträge zu der vorliegenden Tagesordnung.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 17.06.2020 und 26.08.2020

Es lagen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Frau Schwarzweller:

Es gibt keine Veränderungen in den Kitazahlen. Ab 01.11.2020 werden 2 neue Mitarbeiter in den Kitas eingestellt. Wenn der Haushalt durch ist, dann können wir bis zu 11 Erzieher einstellen und die eine oder andere Kapazität erhöhen.

In der 8. Klasse der Gesamtschule Dabendorf gibt es einen bestätigten Coronafall. Es wurden alle Schüler der 8. Klasse nach Hause geschickt. Ab morgen findet in der Mehrzweckhalle für die 8. Klassen ein Corona Test statt. Die Eltern wurden informiert und müssen einen Kontaktbogen ausfüllen, um die Kontaktkette nach verfolgen zu können. Die Gerüchte, dass es der Verwaltung bereits seit Montag bekannt ist, stimmen nicht. Die Verwaltung hat heute um 13.00 Uhr die Mitteilung vom Gesundheitsamt und der Landrätin erhalten.

Einige Fraktionen haben sich dazu bereit erklärt, am 03.10.2020, der Feuerwehr beim Umzug in das neue Gebäude, zu helfen. Noch findet kein kompletter Umzug statt. Es gibt ein versicherungstechnisches Problem. Die Feuerwehr sollte zusammen mit der Verwaltung den Umzug durchführen. Wer nicht in der Feuerwehr ist, sollte sich bis morgen 10 Uhr per E-Mail bei der Verwaltung melden. Dann kann dies mit dem Unfallschutz geklärt werden. Es handelt sich nach wie vor um eine Baustelle. Wir müssen, wenn etwas passiert, auch abgesichert sein. Ob Sie dann helfen können, müssen wir prüfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Herr W.:

Er möchte wissen, ob es in den Schulen ein Belüftungskonzept gibt? Er geht davon aus, dass die neue Schule in Dabendorf voll klimatisiert ist. Wurde daran gedacht, dass die Filter regelmäßig auszuwechseln sind oder ob es Filter gibt, die Viren aufhalten können. Es gibt diese Filter, diese sind aber sehr teuer. Wir müssen vorbereitet sein, es wird nicht die einzige Pandemie sein.

Frau Schwarzweller:

Selbstverständlich gibt es ein Hygienekonzept. Es gibt keine automatisierte Anlage, aber ein Lüftungskonzept. Die Fenster werden nach Plan geöffnet und dies wird auch notiert. Das ist mit dem Gesundheitsamt und Landkreis abgestimmt. Es gibt eine Be- und Entlüftungsanlage, diese können aber keine Reinluft herstellen. Es wird einen regelmäßige Wartung und einen Austausch der Filter geben.

Herr J.:

Sie haben im Stadtblatt etwas zur Digitalisierung gesagt, dass es signifikante Fortschritte gibt. Was verstehen Sie darunter? Die Schulen sollen professionelle Systemadministratoren einstellen. Wie ist der Ist-Zustand zur Digitalisierung.

Frau Schwarzweller:

Jede Schule hat einen Medienentwicklungsplan, dieser wird auch an 2020 angepasst. Der Breitbandvertrag ist abgeschlossen. Die Schulen profitieren von 30 Mbits W-Lan in den Klassenzimmern. Alle Richtlinien werden eingehalten. Wir können 500.000 € aus dem Digitalpakt schöpfen, müssen dann aber noch 750.000 € dazu zahlen. Davon werden Leitungen verlegt und Endgeräte gekauft. Die Ausschreibungen laufen. Einige Schulen stecken noch in den Kinderschuhen, dort wurde jahrelang nichts gemacht. Wir haben eine Spende eines kommunalen Unternehmens für die Kopernikus-Schule erhalten. Es wurden Laptops und auch die Ausstattung von Windows 10 übernommen. Die Stadt Zossen ist auch für die Schulen verantwortlich. Es ist zu überlegen, ob es eine gute Idee ist, wenn es in der Schule einen Verantwortlichen gibt, der Rechte für die Netzwerke hat. Das Personal soll nicht abgebaut werden, sondern aufgestockt. Der ein oder andere unterrichtet IT und könnte Verantwortung übernehmen. Einige Fehler sollten selbst behoben werden können, wie bei den Whiteboards oder Ähnlichem. Aber dies ist nicht die Aufgabe der Stadt, sondern des Bildungsministerium.

Frau S.:

Die Beschlussvorlage der Kita Bummi war auf den Sitzungen vom BBW und FA drauf. Wieso ist die Beschlussvorlage nicht auf dem SJBS drauf? Es wurde bei der letzten Sitzung schon angeregt. Wieso wird sich nicht vorher über die Größe unterhalten. Aktuell wird von 150 Kindern gesprochen. Durch den Kauf des Nachbargrundstückes in Variante 2, hätten mehr Kinder Platz. Es könnten jetzt bis zu 200 Kinder aufgenommen werden. Warum wurde im Ausschuss keine Arbeit zum Thema Kapazitäten gemacht, bevor die Beschlussvorlage erstellt wurde. Wir müssen mehr Plätze schaffen, um eine größere Entlastung zu schaffen. Sie findet es nicht in Ordnung, dass die Beschlussvorlage so angelegt wurde und nicht vorher in diesem Ausschuss beraten wurde. Es geht Zeit verloren, wenn erst beschlossen wird und danach von 150 auf 170 Kinder um geplant wird. Wieso wollen Sie den Deckel bei 150 Kinder darauf machen?

Herr Njammasch:

Die Beschlussvorlage wurde im BBW vertagt. Es sind keine weiteren Erkenntnisse erkennbar. Die Verwaltung wurde um Zuarbeit gebeten. Seines Erachtens wurde alles ausführlich besprochen.

Herr Zurawski:

Er kennt es nur vom BBW und ist erstaunt darüber, dass der SJBS nicht einbezogen wurde. Bei der Anzahl der Kinder waren wir schon höher.

Frau Schwarzweller:

Die Detailplanung vom Grundsatz her steht. Mit dem Neubau kann man wesentlich mehr Kinder unterbringen als mit einer Sanierung und Umbau. Die Planerin sagt 150 Kinder. Diese reichen nicht aus und sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Laut der Planerin und dem Ministerium sind nicht mehr Kinder möglich. Sie erklärten sich für den Teilabriss. Die Planungen werden fortgeschrieben. Jede einzelne Planung geht in die Ausschüsse. Jeder hat die Unterlagen bekommen. Da die Planung im BBW nicht vorlag, wurde dies im FA nachgeholt. Durch gute Fraktionsarbeit kann man eine gute Entscheidung in der SVV herbeiführen.

Frau S.:

Sind sie in den Fraktionen dazu bereit, die Kapazitäten der Kita zu erhöhen? Sie lügen, wenn sie sagen, ich habe mit weniger Kindern im Bummi geplant. Der Grundriss mit Sanierung und Abriss wurde zu ihrer Zeit geplant. Da hatten wir das Nachbargrundstück noch nicht und es waren 150 Kinder möglich. Jetzt haben Sie das Grundstück, somit sind

auch mehr als 150 Kinder möglich. Werden die Stadtverordneten dazu bereit sein, noch einmal darüber nach zudenken und die Kapazität der Kita Bummi von 150 auf 170 Kinder zu erhöhen?

Herr Jerchel:

Ihn interessiert nicht was, wer wann und wo gesagt hat. Es geht um die aktuellen Fakten. Ist eine Erhöhung gut für die Kinder, reicht der Platz drinnen und auch draußen? Wie verhält es sich mit den Kindern innerhalb der Gruppen? Dies muss auch betrachtet werden.

Herr Herrmann:

Er wäre bereit, darüber zu sprechen, ob man die Kapazität erhöhen kann. Frau Schwarzweller sagte, dass es laut Ministerium nicht geht. Wenn das Nachbargrundstück dazu kommt, müsste man noch mal darüber verhandeln.

Frau Schwarzweller:

In der Planung ist das Grundstück berücksichtigt. Wenn mehr Kinder Platz hätten, wäre jeder bereit, auch mehr Kinder aufzunehmen. Sie vertraut dem Planungsbüro und folgte der Beratung von der Firma P. Wenn die Planung 150 Kinder ergibt, dann nimmt sie dies als gegeben an. Wenn das Ministerium sagt 150 Kinder passen, sollte man den Weg auch gehen. Es ist eine Grundlage, mit der wir arbeiten und dann in die Detailplanung gehen können. Sollten dabei mehrere Möglichkeiten entstehen, wäre es super.

Herr W.:

Es muss klar sein, dass große Kitas nicht pädagogisch wertvoll sind. Durch die Planung in Waldstadt-Nord gab es einen enormen Wohnungsbau. Waldstadt wurde überplant, wird in der Kita Planung der Überhang von 20-30 Kindern mit eingerechnet?

Frau Schwarzweller:

Im Bebauungsgebiet Olympiastadion ist eine Kita mit vorgesehen. Sie ist mit vielen Investoren im Kontakt, die auch die Bereitschaft haben zu helfen. In welchem Gebiet wollen wir welche Kita? Im 1. Quartal 2021 wird die Planung abgeschlossen sein und wir werden wissen, welche Bebauungsgebiete eine Kita benötigen. Wir müssen auch an die Grundschulen denken. Wir erwarten die Unterstützung vom Land und den Einwohnern. Jeder, der investiert hat, will auch das Grundstück verkaufen.

Herr J.:

Zossen ist finanziell noch nicht in der Lage, dass man eine Kita für 30 Kinder mehr baut, bei Kosten von über 5 Mio. €. Der aktuelle Ist-Stand ist aktuell 120 Kinder von ursprünglich 104. Bei einem Neubau wären es 150 Kinder. Wenn man mehr Fläche hat, kann man auch mehr Kinder unterbringen. Das wäre effizienter als 5 Mio. € für 30 Plätze mehr auszugeben.

Frau Schwarzweller:

Es geht nicht um die zusätzlichen Plätze, sondern um die Komplettsanierung. Die Betriebserlaubnis gilt noch für 3 Jahre, dann wird die Kita Bummi geschlossen. In der Vergangenheit wurde es verpasst, sich an die Kriterien des Ministeriums anzupassen. Die Sanierung wurde verpasst. Es sind jetzt 150 Kinder auf dem neuen Grundstück in der Planung. Sie, Frau Scheiber haben die Beschlussvorlage der Varianten in einem der Ausschüsse zurückgezogen. Jetzt haben wir ein größeres Grundstück und können größer planen.

Frau Schreiber:

Haben Sie überhaupt den Planungsauftrag der Kita für 150 Kinder geändert? Haben Sie einen neuen Auftrag an die Firma rausgegeben mit dem neuen Grundstück? Nach welchen Unterlagen kommen Sie auf diese Betriebserlaubnis? Nach ihren Unterlagen, müsste das für 104 Kinder eine dauerhafte nichtrücknehmbare Erlaubnis sein. Die Erlaubnis für 120 Kinder ist auf 3 Jahre befristet.

Frau Schwarzweller:

Seitdem Sie keine Bürgermeisterin mehr sind, haben sich einige andere Erkenntnisse ergeben. Es ist ein dynamisch fortlaufender Prozess.

Herr B.:

Die Zahlenspielerlei sollte einem zu denken geben. Es ist nicht sinnvoll, möglichst viele Kinder in einem Raum unterzubringen. Die Betreuung geht dadurch verloren. Es werden riesen Gebäude gebaut, wir bauen unsere Superzellen auf. Wäre es nicht besser, viele kleine Kitas zu bauen? Die Situation hat sich geändert, seitdem Frau Scheiber nicht mehr Bürgermeisterin ist.

zu 7 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Jerchel:

Wenn wir für 150 Kinder planen, wie groß wären dann die Gruppen? Was ist mit dem Jugendparlament?

Frau Schwarzweller:

Das Jugendparlament ist auf der Tagesordnung. Es gibt keine Gruppengrößen, da es in den Kitas eine andere Struktur gibt. Es gibt eine Raumkapazität pro Kind. Wie groß ein Raum dann ist, wissen wir heute noch nicht.

Herr Jerchel:

Wie viele Quadratmeter stehen einem Kind zu?

Frau Schwarzweller:

Es gibt dafür eine Berechnungsgrundlage. Die Quadratmeter des Raumes abzüglich der Ausstattung und Spielgeräte, ergibt die Anzahl der Kinder, die in einem Raum sein dürfen. Das macht dann die Gesamtkapazität aus.

Herr Leisten:

Wäre es möglich, bezüglich der Kapazitäten und einiger anderer ungeklärter Sachen die Planerin zur nächsten SVV einzuladen? Wäre es aufgrund der Erweiterung des Geländes nicht möglich, auf 170 Kinder zu gehen? Planungstechnisch hat es große Auswirkungen auf die Zeit und auch finanziell.

Frau Schwarzweller:

Die Frage können wir für die SVV mitnehmen. Auf der SVV soll dieser Beschluss beschlossen werden. Es wäre nicht zielführend, die Architektin einzuladen. Es ist Ihre Ausschussarbeit, um zu einer Erkenntnis zu kommen. Machen Sie Ihre Arbeit in der Fraktion und kommen Sie dann zu einer Entscheidung.

Herr Manthey:

Er stimmt dem zu, dass im Ausschuss nicht über die Notwendigkeit der Kapazitäten gesprochen wurde. Zu dem Umbau hätte in diesem Ausschuss gesprochen werden müssen. In der Vorlage ist nicht zu sehen, um welches Grundstück es sich handelt. Die Unterlagen sind nicht komplett. Er kann sich baulich keine Meinung bilden.

Herr Njammasch:

Woher kommen die 750.000 € Mehrkosten für den Digitalpakt?

Frau Schwarzweller:

Die 500.000 € wurden schon für 60 Klassenräume und deren Whiteboard benötigt. Wir profitieren vom Breitbandausbau. Zusätzlich kommen noch Kosten für die Infrastruktur, Verkabelungen und Endgeräte dazu. Es wurde in der Vergangenheit 500.000 € angesetzt, jetzt werden wir bei 1,2 Mio. € landen.

zu 8 **Schwerpunktthema: Umsetzung des §18a BbgKVerf (Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Schülern und Jugendlichen)**

zu 8.1 **Aufgabe aus der letzten Sitzung: Ausschussmitglieder präsentieren Ihre Ergebnisse zu den Fragen/ Überlegungen: a) Warum wollen wir Schüler und Jugendliche an Entscheidungen beteiligen (Motivation) ? b) Woran (an welche Themengebiete) wollen wir Schüler und Jugendliche in Zossen beteiligen? Anschließend Inhaltliche Diskussion und Festlegung der nächsten Schritte**

Herr Njammasch:

Es sollten alle Fraktionen eine zuarbeiten leisten. Er habe sich vorher gemeinsam mit Herrn Just abgestimmt und die Ausarbeitung dazu liegt jedem vor. Er erläutert dies kurz:

zu Punkt 1)

- um Kontakt zu Schülern und Jugendlichen zu bekommen und deren Meinungen zu gesellschaftlichen Themen im Allgemeinen und Ihre Einschätzung zu Ihrem Leben in Zossen im Besonderen kennenzulernen
- um andere Perspektiven auf Themen der Stadtentwicklung kennenzulernen
- um zur Übernahme von Verantwortung für „Schüler und Jugendliche“ betreffende Themen zu werben
- um Ihnen die Möglichkeit zu geben eigene abgegrenzte Ideen in die Praxis umzusetzen
- um Ihnen die Möglichkeit zu geben die Theorie aus der Schule zum Thema „Partizipation“ auch praktisch auszuprobieren und sich dadurch weiter zu qualifizieren
- um Vandalismus und Verschmutzung in der Stadt zu reduzieren
- um Interesse an Kommunalpolitik zu erzeugen

Frau Schwarzweller:

Das Thema Jugendparlament ist in der Verwaltung bekannt. Der Beschluss dazu wurde nicht aufgehoben. Als nächster Punkt wäre es gut, eine Rechtsgrundlage zu schaffen und dies zu verankern.

Herr Jerchel:

Er bittet darum, die Satzung des Jugendparlaments an die Mitglieder zu verteilen.

Herr Leisten:

Er hat nichts schriftlich festgehalten, aber sich darüber Gedanken gemacht. Warum wollen wir motivieren? Sollten wir die Kinder und Jugendlichen nicht da abholen, wo sie aktuell tätig sind. Als Beispiel Schülersprecher oder Jahrgangsstufensprecher. Die Schüler sind bereits in den Schulkonferenzen tätig und werden dort angehört und können Ihre Wünsche und Anregungen kundtun. Wir sollten den Schritt machen und die Schulen und Jugendclubs befragen. Wer und ob es Kinder gibt, die in den Bereichen arbeiten wollen, auch um zu einer gewissen Gruppe zu finden, die dort mit arbeiten. Jetzt wäre es der richtige Zeitpunkt dafür, motivierte Kinder zu finden.

Frau Schwarzweller:

Wie ist unsere Motivation? Wir müssen in Schule gehen, um für unser Angebot zu werben. Wir müssen erst mal ein Produkt schaffen, was interessant ist oder auch nicht. Zu sagen „willst du Politik machen“, ohne ein Angebot zu haben, ist für die Jugendlichen schwer vorstellbar. Wir sollten ein Angebot für Kinder und Jugendliche erstellen.

Herr Jerchel:

Wir sollten uns die Satzung des Jugendparlaments ansehen und diese ggf. überarbeiten. Die Jugend soll demokratisch entscheiden, wer das Jugendparlament bekommt.

Herr Manthey:

Er spricht mit Plan B und sie werden sich inhaltlich damit beschäftigen. Sie werden auch eine Präsentation machen, sind aber noch zu keinem endgültigen Werk gekommen. Sie werden mittelfristig die Zeit finden, sich in der Art und Weise zu äußern.

Herr Njammasch:

Wollen wir dieses Thema in der nächsten Sitzung aufarbeiten? Wir sollten das Thema jetzt schon verfestigen und vorantreiben und nicht wieder verschieben. Sind wir dafür oder wollen wir das doch nicht?

Herr Herrmann:

Er habe die Fragen von Herrn Just so verstanden, dass diese mit in die Fraktionen genommen werden sollen. Wie stehen die Fraktionen dazu? Wir benötigen Leute, die dahinter stehen.

Herr Njammasch erläutert Punkt 2 aus der Anlage:

- Themen der Sozialraumgestaltung wie, z.B.
 - Spielplätze
 - Aufenthaltsräume für Jugendliche
 - Radwege/Fußwege
 - Planung von Jugendzentren

- Veranstaltungsthemen
 - Sportveranstaltungen
 - Kulturveranstaltungen, Konzerte
- Themen, die weit in die Zukunft wirken
 - Integriertes Stadtentwicklungskonzept
 - Verkehrskonzept
 - Klimaschutzkonzept
- Bei der Art der Beteiligung könnten wir uns 3 Arten der Beteiligung und Mitwirkung vorstellen, soweit dies rechtlich zulässig ist:
 - a) Beratende Funktion (analog sachkundigem Einwohner)
 - b) Mitentscheidende Funktion (Stimmrecht in der SVV)
 - c) Entscheidende Funktion (eigenständige Entscheidung und Verantwortung der Schüler & Jugendlichen → Budgetverantwortung)

Herr Jerchel:

In der Stadtverordnetenversammlung ist man nur ein beratendes Mitglied und hat kein Stimmrecht.

Frau Schwarzweller:

Sie sind die nächste Generation und deswegen müssen die Jugendlichen diese auch aktiv mitgestalten. Auch bei Veranstaltungen oder Thema Klima. Die Jugendlichen können die Älteren bereichern.

Herr Leisten:

Viele Schüler/ Jugendliche, die an den Schulen sind, könnten auch bei der Ausstattung mitwirken oder bei dem Digitalpakt.

Frau Schwarzweller:

Das läuft zum Teil über die Schulkonferenzen und einzelnen Gremien der Schulen. Auch wie man damit umgeht, wird in den Konferenzen bestätigt. Sie hätte sich gewünscht, bei der Ausstattung der Gesamtschule mitwirken zu können. Für behinderte Kinder müssen Möbel nach gekauft werden und einiges investiert werden. Die Pläne, die jetzt vorliegen, reichen nicht aus. Ein demokratischer Prozess wäre gut gewesen. In der Goetheschule haben sich Kinder eine Aufrüstung der Bibliothek etc. gewünscht. Dies wurde über den Förderverein beschafft, wir wirken da als Träger.

Herr Njammasch:

Er habe viele Gespräche mit Schule und Jugendclubs geführt und sieht darin viel Potential. Es wäre ein Ansatz, den man gehen könnte, um den nächsten Schritt zu machen, um in die Schulen und Clubs zu gehen. Die Mitarbeit ist da. Wie machen wir weiter?

Herr Leisten:

Es wurden gute Ideen gesammelt. Vielleicht sollte man einen Fragebogen erstellen und diesen dann an die Schulen und Jugendclubs geben. Diese haben dann einen Überblick, dass sie über Spielplätze, Aufenthaltsräume etc. reden können. Ohne die Bereitschaft von einigen wird es uns nichts bringen. Wir müssen an die Kinder heran. Wie das Jugendparlament strukturiert wird, ist Sache der SVV und der Verwaltung, um auch gesetzeskonform zu handeln.

Herr Jerchel:

Wir sollten ein Konzept erarbeiten und zur Bundestagswahl in die Schule einbringen und dies dann Dual durchführen.

Frau Schwarzweller:

Wir sollten dies ganz klar trennen. Während der Bundestagswahl ist dies nicht so toll. Als Mitglied einer Partei haben wir dann nicht das Recht, beratend zur Seite zu stehen.

Herr Herrmann:

Wir sollten uns die Satzung ansehen und ggf. anpassen.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung wird den Mitgliedern die Satzung zur Verfügung stellen. Sie beraten dann die Satzung in Ihrer Fraktion und Teilen Ihre Änderungswünsche der Verwaltung mit. Dann kann die Verwaltung mit ihrer Zuarbeit zum nächsten SJBS etwas ausarbeiten. Wir

müssen aktiv an die Schulen ran gehen und fragen, wie das Beteiligungsformat gewünscht ist. Persönlich oder per Fragebogen oder wir finden einen Verantwortlichen, der alles koordiniert. Das nächste Mal sollten wir beraten und empfehlen.

Herr Njammasch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:18 Uhr.

im Orig. gez. Marko Njammasch
Stellvertretender
Ausschussvorsitzender

im Orig. gez. Carolin Peidelstein
Protokollantin
(30.10.2020)